
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

SCHARDT-SAUER ZU SCHUTZZONEN VOR SCHWANGERSCHAFTSKONFLIKTBERATUNGSSTELLEN

30.07.2019

- Gespräch bei pro familia verstärkt den Eindruck, dass gehandelt werden muss
- Erneut Proteste vor Beratungsstellen von Abtreibungsgegnern angekündigt
- Ungehinderter und anonymer Zugang zu Beratungsstellen muss gewährleistet werden

WIESBADEN – Anlässlich der bevorstehenden Anhörung im Hessischen Landtag zum Thema „Schutzzonen vor Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen“, besuchte die rechtspolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten, Marion SCHARDT-SAUER, die Beratungsstelle von pro familia in Frankfurt. Dabei informierte sie sich über die Proteste von Abtreibungsgegnern vor Beratungsstellen und erklärte:

„Aktivisten belästigen mit Mahnwachen Frauen, die bei Einrichtungen Rat suchen oder dem notwendigen Erfordernis nachkommen, sich vor einem Schwangerschaftsabbruch beraten zu lassen. Die „Spießrutenläufe“ für beratungssuchende Frauen sind nicht hinnehmbar und stellen für sie eine schwere Belastung dar. Sie benötigen besonderen Schutz, da sie sich oftmals in einer ohnehin schon emotional belasteten Situation befinden. Die Beratungen müssen in einem sicheren Umfeld stattfinden und vertraulich, ergebnisoffen und ohne Beeinträchtigungen möglich sein.“

Schardt-Sauer weiter:

„Durch das Gespräch mit Vertretern von pro familia wurde unsere Ansicht verstärkt, dass baldmöglichst eine rechtliche Regelung geschaffen werden muss, damit beratungssuchende Frauen nicht weiterhin den Protestaktionen vor Schwangerschaftsberatungsstellen ausgesetzt sind. Bereits jetzt sind tägliche Demonstrationen von Abtreibungsgegnern vor der Beratungsstelle von pro familia von

Ende September bis Anfang November angekündigt. Die Problematik muss daher in Angriff genommen werden. Die Anhörung am 22. August im Innenausschuss wird über mögliche rechtliche Wege weiter Aufschluss geben. Danach muss schnellstmöglich gehandelt werden, damit Klarheit für die betroffenen Frauen, die Beratungsstellen und auch für die Kommunen besteht.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de